

**Geschäftsführung  
Ausschuss Soziales und  
Gesundheit**

Es informiert Sie	Anita Kretschmer
Telefon (0202)	563 22 24
Fax (0202)	563 80 15
E-Mail	anita.kretschmer@stadt.wuppertal.de
Datum	30.10.02

---

**Niederschrift**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales und Gesundheit am 04.09.2002**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Arnold Norkowsky ,

**von der CDU-Fraktion**

Herr Prof.Dr. Helmut Brunner , Herr Horst Hombrecher , Herr Theodoros Olympos ,  
Herr Günter Pott ,

**von der SPD-Fraktion**

Herr Jörg Blume , Herr Andreas Mucke , Frau Christa Stuhldreiter , Frau Cornelia Tausch ,

**von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Paul Yves Ramette ,

**von der FDP-Fraktion**

Frau Brigitte Panetta-Jung ,

**berat. Mitglied § 58 I GO NRW**

Herr Michael Hohagen ,

**als sachkundige Einwohner**

Herr Eckhard Arens , Herr Hans Bernd Engels , Herr Reinhard Fliege , Frau Barbara Hüppe , Herr Ulrich Ippendorf , Frau Renate Schäning , Herr Jörg Slopianka ,

**Vertreter/innen der Verwaltung**

Frau Gudrun Krause , Frau Marianne Krautmacher , Herr Dr. Stefan Kühn , Herr Jürgen Lemmer ,  
Herr Thomas Lenz , Herr Dr. Joerg Rieger , Frau Katja Rosenkranz , Frau Christine Schmidt , Herr  
Uwe Temme , Frau Bärbel Weisz ,

**Schriftführerin**

Frau Anita Kretschmer ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

---

### 1 **Bericht zur Arbeit der Pflege- und Lebensgemeinschaft Wuppertal -mündlicher Bericht-**

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Engels als Vertreter der Geschäftsführung und Herrn Möller-Fixe als Heimleiter der Einrichtung der Pflege- und Lebensgemeinschaft Wuppertal für die Einladung an den Ausschuss Soziales und Gesundheit.

Die Herren Engels und Möller-Fixe begrüßen die Ausschussmitglieder, berichten über die Arbeit der Einrichtung und laden ein, die Einrichtung im Anschluss an die Sitzung zu begehnen.

---

### 2 **Mittelfreigabe "Sachkosten Soziale Stadt - Impulse und Innovationen für die Stadtteile" -Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung-**

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 04.09.2002:

**Der Ausschuss Soziales und Gesundheit genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:**

Der Ausschuss Soziales und Gesundheit nimmt die Bindung von Mitteln der Haushaltsstelle 3001-637.0500.1 „Sachkosten Soziale Stadt - Impulse und Innovationen für die Stadtteile“ in Höhe von Euro 9.300 zur Kenntnis und stimmt der Verwendung von Mitteln in Höhe von Euro 2.700 für das Stadtteilprojekt Oberbarmen/Wichlinghausen-Süd gemäß Begründung zu.

Einstimmigkeit.

---

### 3 **Barrierefreies Wuppertal Drs.-Nr. 1174/02**

Der Ausschuss unterstützt sozialpolitisch den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einvernehmlich und spricht sich dafür aus, dass die Stadt Wuppertal der Barcelona- Erklärung beitrifft.

Zu den im Antrag angesprochenen Fragen der Stadt- und Verkehrsplanung sowie der Gebäudebewirtschaftung sieht sich der Ausschuss fachlich nicht zuständig und regt an, den Antrag im Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss und Werksausschuss GMW zu beraten.

---

### 4 **Kennzahlen der Sozialhilfe (Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt) 2. Quartal 2002**

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 04.09.2002:

Der vorgelegte Bericht (Eckdaten der Hilfen zum Lebensunterhalt) wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit.

- 
- 5 Kennzahlen der Jugendhilfe (Eckdaten der Hilfen zur Erziehung im Ressort 201), 2. Quartal 2002**
- Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 04.09.2002:
- Der vorgelegte Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Einstimmigkeit.
- 
- 6 Kennzahlen der Beistandschaft (Eckdaten des Fachbereichs Unterhalt im Ressort 201), 2.Quartal 2002**
- Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 04.09.2002:
- Der vorgelegte Bericht der Kennzahlen der Beistandschaft, 2. Quartal 2002, wird zur Kenntnis genommen.
- Einstimmigkeit.
- 
- 7 Kennzahlen der Heranziehung (Eckdaten des Fachbereichs Unterhalt im Ressort 201), 2.Quartal 2002**
- Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 04.09.2002:
- Der vorgelegte Bericht der Heranziehung, 2. Quartal 2002, wird zur Kenntnis genommen.
- Einstimmigkeit.
- 
- 8 Benchmarking der mittleren Großstädte in NRW - Kennzahlenvergleich 2001 Hilfe zum Lebensunterhalt -mündlicher Bericht-**
- Herr Lenz berichtet über die Fallzahlveränderungen, Fallzugangsquoten, Bezugsdauer, Bedarfsgemeinschaften, Erwerbsstatus, Ausgaben und einmalige Leistungen aus dem Kennzahlenvergleich der mittleren Großstädte in NRW. Der Bericht ist den Fraktionen zugegangen und kann bei Bedarf angefordert werden.
- 
- 9 Kennzahlen zu Flüchtlingen in Wuppertal - II/2002**
- Stv. Hombrecher äußert den Wunsch, in künftigen Berichten die Altersgruppe der 18 bis 54- jährigen in kleinere Gruppen zu splitten.
- Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 04.09.2002:
- Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Einstimmigkeit.
- 
- 10 Förderung der Wohnberatungsstelle in Wuppertal - Abschluss eines unbefristeten Vertrages**
- Beig. Dr. Kühn sagt auf Wunsch des Vorsitzenden für Anfang des Jahres 2003 einen Kennzahlenbericht zur Wohnberatung zu.
- Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 04.09.2002:
- Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen wie folgt zu beschließen:
- Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Trägern der Wohnberatungsstelle

Wuppertal (WohnBa) einen Vertrag zur Förderung der WohnBa abzuschließen, die eine unbefristete Laufzeit beinhaltet.

Einstimmigkeit.

---

**11 Städt. Zuschüsse 2002 an Selbsthilfegruppen**

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 04.09.2002:

Dem Vorschlag über die Verteilung der städtischen Zuschüsse an die Selbsthilfegruppen für 2002 in Höhe von 11.800,00 EUR gemäß Anlage wird zugestimmt.

Einstimmigkeit.

---

**12 Zuschüsse 2002/2003- mündlicher Bericht-**

Beig. Dr. Kühn informiert darüber, dass zu diesem Thema für die kommende Woche Gespräche terminiert wurden. Die Fraktionssprecher werden über die Ergebnisse informiert.

---

**13 Integrierte Stadtteilentwicklung in Wuppertal**

Beig. Dr. Kühn weist darauf hin, dass der letzte Satz der Begründung der Drs.Nr. VO/0524/02 wie folgt geändert wird:

„Die genannte Arbeit wird im Herbst des Jahres aufgenommen.“

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 04.09.2002:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit.

---

**14 Resolution des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Soziales und Gesundheit der Stadt Wuppertal gegen die geplanten Kürzungen im Sozialbereich des Landeshaushaltes NRW**

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 04.09.2002:

Der Ausschuss Soziales und Gesundheit der Stadt Wuppertal unterstützt den Resolutionsentwurf der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege gegen die geplanten Kürzungen im Sozialbereich des Landeshaushaltes NRW mit folgendem Wortlaut:

**Resolution des Jugendhilfeausschusses und Ausschusses Soziales und Gesundheit der Stadt Wuppertal gegen die geplanten Kürzungen im Sozialbereich des Landeshaushaltes NRW**

Im Zuge der städtischen Haushaltskonsolidierung werden in Wuppertal von allen Beteiligten aus Politik, Wohlfahrtsverbänden und Stadtverwaltung große Anstrengungen unternommen, unvermeidbare Kürzungen so vorzunehmen, dass nicht die soziale Infrastruktur an einzelnen Stellen zusammenbricht.

Trotzdem sind die bisherigen Sparmaßnahmen im Sozialbereich schon jetzt nicht folgenlos für die betroffenen Arbeitsgebiete und damit für die hilfeschenden Bürgerinnen und Bürger. So ist eine ständige Fallzahlerhöhung in der Jugendhilfe ein schleichender Abbau, der von außen kaum bemerkt wird, der aber in den betroffenen Familien erhebliche Auswirkungen hat.

Zudem haben die bisherigen Einsparungen des Landes, wie z.B. im Bereich der ambulanten komplementären Dienste und der Nachversorgung von Jugendlichen zur Einschränkung von Leistungen geführt.

Mit großer Besorgnis sind die Kürzungspläne der Landesregierung im Sozialbereich in Wuppertal aufgenommen worden.

Kürzungen von Landesprogrammen greifen direkt in den kommunalen Haushalt und die Angebote und Dienste von Wohlfahrtsverbänden und sozialen Organisationen ein und sind nicht mehr zu kompensieren. Für viele soziale Hilfen in Wuppertal würde dies das gänzliche Aus bedeuten.

Aufgabenfelder, die direkt betroffen sind, wären aus derzeitiger Sicht:

- Kur- und Erholungsangebote**
- Erziehungsberatungsstellen**
- Gesetzliche Betreuung:** hier die Förderung der ehrenamtlichen BetreuerInnen
- Offene und präventive Jugendarbeit**
- Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen**
- Betreuung suchtabhängiger und HIV-infizierter Menschen**
- Schuldnerberatung**
- Vermittlungsstelle für gemeinnützige Arbeit**
- Sexualtäterberatungsstelle**
- Täter/ Opfer- Ausgleich**

Besonders hervorheben möchten wir die Situation von sozial benachteiligten Kindern und von Senioren/innen mit geringem Einkommen.

Nach den Plänen der Landesregierung sollen Erholungsmaßnahmen für diese Zielgruppen zukünftig ersatzlos wegfallen.

Allein für Wuppertal bedeutet das, dass weit mehr als 1.000 Kinder, schon das Jahr über im Alltag ständig sozial benachteiligt, nun auch in den Ferien allein auf sich gestellt sind, ohne Betreuung, ohne Beschäftigung, ohne Erholung. Mehrere 100 zu ehrenamtlicher Tätigkeit bereite Studenten/innen und Schüler/innen werden nicht mehr benötigt.

Die Mitglieder des JHA und des SGA warnen dringend vor einer Gefährdung des gemeinsam getragenen sozialen Gefüges unserer Stadt.

Die rigorosen Streichungen dürfen nicht Realität werden, damit das soziale Gesicht und die soziale Sicherheit in unserer Stadt erhalten bleiben.

Wir fordern daher das Land NRW auf, seinen sozialen Verpflichtungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nachzukommen und die Kommunen in die Lage zu versetzen, menschenwürdige Gemeinwesen gestalten zu können.

**Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Soziales und Gesundheit der Stadt Wuppertal unterstützen die Aktion der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege**

**„Geschlossen gwegen Sozial-Kahlschlag“**

Einstimmigkeit bei Stimmenthaltung von Frau Tausch.

---

**15 Rahmenverträge mit den Mitgliedsorganisationen der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege -mündlicher Bericht-**

Beig. Dr. Kühn berichtet, dass der DPWV Interesse am Abschluss eines Rahmenvertrages angemeldet hat. Nach Abstimmung innerhalb der Verwaltung ist in einer der nächsten Sitzungen ein Entwurf zu erwarten.

---

**16 Novellierung des Landespflegegesetzes NW -mündlicher Sachstandsbericht-**

Herr Beig. Dr. Kühn berichtet über die zu erwarteten Änderungen durch die Novellierung des Landespflegegesetzes NW. Das Eckpunktepapier der Landesregierung („Weiterentwicklung Landespflegegesetz“- Zukünftige Investitionskostenförderung von Pflegeeinrichtungen) ist dem Protokoll in Papier beigelegt.

---

**17**      **Impfungen**  
**-mündlicher Bericht-**  
Der TOP wird vertagt.

---

**18**      **Berichte**  
Herr Beig. Dr. Kühn berichtet darüber, dass zum Thema kommunale Beschäftigungsförderung ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde, Vorschläge zur Koordination inzwischen vorliegen, aber wegen der zu erwarteten tiefgreifenden Veränderungen auf Bundesebene aufgrund der Vorschläge der Hartz- Kommission vorerst zurückgestellt werden.  
Weiter berichtet Herr Beig. Dr. Kühn über die Vorbereitungen der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk einen Treffpunkt am Berliner Platz aufzubauen. In einer der nächsten Sitzungen wird eine Vorlage in den Ausschuss einfließen.

Arnold Norkowsky  
Vorsitzende/r

Anita Kretschmer  
Schriftführer/in